

Ermittlungen

Maas in PCB-Affäre belastet

Sein ehemaliges Ministerium genehmigte die Flutung saarländischer Bergwerke.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) gerät in seiner alten Heimat in Bedrängnis. Dabei geht es um seine Rolle in der Affäre um hochgiftiges PCB in saarländischen Bergwerken. Im Untersuchungsausschuss des Landtags sind Dokumente aufgetaucht, die den damaligen saarländischen Wirtschaftsminister in Erklärungsnot bringen könnten. Nach einem internen Vermerk des Oberbergamtes vom 28. Januar 2013 war Maas direkt in die Entscheidung einbezogen, dem Kohlekonzern RAG eine Art Sondererlaubnis zum Fluten seiner Bergwerke zu erteilen. Dies hatten Vertreter des Wirtschaftsministeriums bislang bestritten. Bei der Genehmigung setzte es sich nicht nur über Bedenken der eigenen Fachbehörde hinweg. Um die Entscheidung geheim zu halten, monieren Kritiker, wurde die Öffentlichkeit nicht wie sonst üblich an

dem Verfahren beteiligt. Der RAG brachte die schnelle Flutung ihrer Bergwerke einen Vorteil in Millionenhöhe, weil sie das Wasser nicht mehr abpumpen musste. In den unterirdischen Stollen lagern Tausende Tonnen Müll und hochgiftiges PCB. Experten befürchten, dass die Stoffe nun an die Oberfläche und ins Trinkwasser gelangen könnten. Die Grünen hatten den Untersuchungsausschuss nach einer SPIEGEL-Veröffentlichung im Frühjahr 2015 durchgesetzt. Ihr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich fordert, dass die SPD und ihr Exwirtschaftsminister „politische Verantwortung für den Umweltskandal übernehmen müssen“. Maas, der heute im Kuratorium der RAG-Stiftung sitzt, soll Dienstag vor dem Ausschuss aussagen. Seine ehemaligen Beamten beteuern die Rechtmäßigkeit der Genehmigung. fdo

Investitionen

„Harter Wettbewerb um den Standort“

Staatssekretär **Matthias Machnig**, 56 (SPD), über Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, deutsche Unternehmen vor der Übernahme durch ausländische Investoren zu schützen



ZENSEN / CARO

SPIEGEL: Chinesische Investoren sind in Deutschland auf Einkaufstour. Muss der Staat eingreifen?

Machnig: Deutschland ist ein offener Investitionsstandort. Wir sind aber zunehmend damit konfrontiert, dass andere Staaten selbst nicht so offen sind und Investoren anweisen, ganz bestimmte Industrien in anderen Staaten in den Blick zu nehmen. Die Zunahme an Industriespionage ist ein Zeichen dafür, wie hart der wirtschaftliche Wettbewerb um den Standort geführt wird. Deshalb müssen wir stärker

über strategische Standortpolitik und Möglichkeiten nachdenken, eine faire Handelspolitik durchzusetzen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie deutsche Firmen schützen?
Machnig: Unser Außenwirtschaftsgesetz geht nicht weit genug. Bisher greift es nur, wenn durch ausländische Investitionen in ein deutsches Unternehmen die öffentliche Sicherheit gestört ist oder militärische Interessen bedroht sind. Wir wollen künftig im Einzelfall genauer prüfen: Wer ist der Investor? Wo kommt das Geld her? Welche

Ziele verfolgt er, gerade bei Firmen mit technologischen Schlüsselkompetenzen?

SPIEGEL: Deutsche Wirtschaftsvertreter werfen Ihnen Staatsprotektionismus vor. Zu Recht?

Machnig: Wir sind die offenste Volkswirtschaft der Welt und wollen das bleiben. Die Industrie und die Gewerkschaften sind, etwa wenn es um Anti-Dumping-Maßnahmen geht, auf unserer Seite. Sie fordern uns ja gerade auf, die handelspolitischen Schutzinstrumente auf europäischer Ebene zu verschärfen. gt